

## Beschlussvorlage

139/2020

<b>Beratungsfolge:</b>	<b>Gremium:</b>	<b>Art der Sitzung:</b>	
26.08.2020	Ausschuss für ÖPNV, Wirtschaftsförderung und Fremdenverkehr	öffentlich	entscheidend

### **Tagesordnung:**

Einrichtung einer Schnellbuslinie

### **Beschlussvorschlag:**

Beschluss ergeht nach Beratung.

### **Finanzielle Auswirkung:**

Ja  Nein

Leistungsbezeichnung:	
Produktsachkonto:	
Investitionsmaßnahme/Projekt:	
Haushaltsansatz:	
Noch verfügbar:	
Bemerkungen:	

Bad Dürkheim, 19.08.2020

Hans-Ulrich Ihlenfeld  
Landrat

In den Sitzungen des Ausschusses für ÖPNV, Wirtschaftsförderung und Fremdenverkehr und des Kreisausschusses vom 22.10.2018 wurde einstimmig wie folgt beschlossen: „Um eine Reduzierung des motorisierten Individualverkehrs zu erreichen, wird der Einrichtung der Schnellbuslinie Deidesheim - Mannheim zugestimmt. Die Verwaltung wird beauftragt, mit dem Rheinpfalz-Kreis und der Stadt Mannheim in Finanzierungsverhandlungen zu treten.“

Hintergrund war die Idee, eine Schnellbuslinie aus dem Bereich der beiden Verbandsgemeinden Deidesheim und Dannstadt-Schauernheim über die Autobahn (A 61/A 6) nach Mannheim Nord mit Anschlüssen vom/an den vorhandenen ÖPNV in Dannstadt und MA-Luzenberg einzurichten, um den Berufspendlern aus den beiden Landkreisen eine schnelle Anbindung zu bieten. (s. Drucksache 138/2018/1) und den motorisierten Individualverkehr (MIV) zu vermindern.

Vorteile bringt das neue Angebot neben dem Landkreis Bad Dürkheim ebenso dem Rheinpfalz-Kreis sowie der Stadt Mannheim. Die entstehenden Kosten, die zunächst auf 197.000 € jährlich, Ende 2018 dann auf knapp 300.000 € jährlich geschätzt wurden, wären daher auf diese drei Körperschaften umzulegen.

Zwischenzeitlich wurden Gespräche mit den potentiellen Kofinanciers geführt. Die Stadt Mannheim hat ihre finanzielle Beteiligung bereits Ende 2018 abgelehnt. Der Rhein-Pfalz-Kreis hat kein Interesse an der Einrichtung einer Schnellbuslinie gezeigt, da diese nur Teile der Verbandsgemeinde Dannstadt-Schauernheim bedienen würde. Die Firma Roche, die im Norden Mannheims ansässig ist und viele Menschen aus dem Landkreis Bad Dürkheim beschäftigt, hat ebenfalls mitgeteilt, dass sie eine finanzielle Unterstützung nicht leisten kann.

Der Landkreis ist nicht in der Lage, die Maßnahme ohne die finanzielle Unterstützung anderer Partner zu tragen.

Für den Haushalt 2020 waren Aufwendungen in Höhe von 150.000 € mit Sperrvermerk eingeplant, die nicht abgerufen wurden.